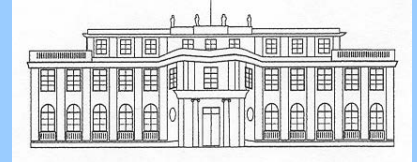


newsletter 10

+++ NOVEMBER 2007 +++

haus der wannsee-konferenz



Inhalt

Seite 2

Internationaler Beirat
der Gedenkstätte

Seite 2

Lebensraum-Phantasien
und ökonomischer Sach-
zwang: Die rassistischen
Selektionen polnischer
Zwangsarbeiter/innen

Seite 3

Dr. Gerhard Klopfer -
ein „integrierender und nobler
Rechtsanwalt der alten
Schule?“ – Ein Teilnehmer
an der Wannsee-Konferenz
und seine Integration in der
Bundesrepublik

Seite 6

„Das europäische Haus
gemeinsam gestalten“,
Kiew, 29.09.-02.10.2007

Seite 7

Besuch der 1.000.000sten
Besucherin in der Gedenk-
stätte

Seite 7

NS-Raubgut in Bibliotheken:
Ein Symposium

Seite 8

Tagungsband: „Hosted
by the Krauts“, Berlin 2006

Seite 8

Esther Reiss – Das
Überleben

Seite 11

Eisenbahnen, Flugzeuge
und Zwangsarbeiter -
Erinnerung an einen kaum
bekannten Industriestandort
im Berliner Wedding

Seite 13

Vor 46 Jahren: Landschul-
heim Neukölln, Am
Großen Wannsee 56-58

Seite 14

Besuch des ehemaligen
Staatspräsidenten von Chile
Ricardo Lagos, 09.09.2007

Seite 14

Jugendforum *denk!mal* '08

Seite 15

Register: Nr. 1 – Nr. 10

Seite 16 - Impressum

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen der diesjährigen Herbstreihe mit Vorträgen zu zeit-
historischen Themen wird in der vorliegenden Ausgabe des Newsletters
über zwei der Vorträge berichtet. Gerhard Wolf, freier wissenschaftlicher
Mitarbeiter der Gedenkstätte, befasst sich mit dem Thema der
rassistischen Selektionen polnischer Zwangsarbeiter und Zwangs-
arbeiterinnen und den Überlegungen zur Einführung des damaligen
„Wiedereindeutschungsprogramms“.

Markus Heckmann hat eine beachtenswerte Magisterarbeit über den
Teilnehmer an der Wannsee-Konferenz, den Juristen und Staatssekretär
in der Partei-Kanzlei der NSDAP Dr. Gerhard Klopfer vorgelegt, über den
er referierte.

Weitere Themen des Newsletters berichten u. a. über eine Tagung in
Kiew zum Thema „Das europäische Haus gestalten“ und über ein
Symposium über NS-Raubgut in Bibliotheken.

Über den „fast“ vergessenen Industriestandort Berlin-Wedding und den
dortigen Einsatz von Zwangsarbeitern schreibt Frau Dr. Judith Hahn.

Esther Reiss, Überlebende mehrerer Lager, deren Familienschicksal in
der ständigen Ausstellung der Gedenkstätte seinen Platz fand, schreibt
über „Das Überleben“ in der Zeit von 1939-1945.

Berlin, November 2007

Neue Publikation der Gedenkstätte:

ועידת ואנזה והשמדת יהודי אירופה

Hebräischer Ausstellungskatalog („Die Wannsee-Konferenz und der
Völkermord an den europäischen Juden“).

Berlin 2007, 204 S., ISBN 3-9808517-6-1, 12,00 €

Internationaler Beirat der Gedenkstätte

Auf der konstituierenden Sitzung des internationalen Beirats der Gedenkstätte am 25. Oktober 2007 wurden Herr Professor Dr. Reinhard Rürup zum Vorsitzenden und Frau Dr. Barbara Distel (Leiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau) zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Damit hat der Beirat nun insgesamt 15 Mitglieder.

Hinsichtlich der bisherigen pädagogischen Erfahrungen mit der neuen ständigen Ausstellung schlägt der Beirat vor, die Nichtexistenz des Befehlsnotstands bei den Massenerschießungen mit aussagekräftigen Zitaten zu präsentieren und dabei auch auf die Rolle der Wehrmacht einzugehen.

Darüber hinaus weist er darauf hin, dass die großformatigen Fotos in Raum 6 („Handlungsspielräume unter deutscher Besatzung“) die Aufmerksamkeit der Besucher auf sich ziehen und dadurch von Exponaten in Raum 5 („Krieg und Völkermord im östlichen und südöstlichen Europa“) ablenken können und rät, darüber nachzudenken, ob dies durch Positionierung einzelner Exponate an anderer Stelle geändert werden kann. Außerdem weist der Beirat auf eine missverständliche Formulierung im Kommentar zu den Fotos von Babij Jar (5.5.11-13) hin. Hier sollen Änderungen vorgenommen werden.



Lebensraum-Phantasien und ökonomischer Sachzwang: Die rassistischen Selektionen polnischer Zwangsarbeiter/innen

Gerhard Wolf, Politologe und Historiker, referierte im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Herbstveranstaltungen“ der Gedenkstätte am 28.10.2007 zum Thema der rassistischen Selektionen polnischer Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen.

Zu Beginn seines Vortrages stellt Herr Wolf fest, dass zum Ende des Krieges etwa 7,7 Millionen ausländische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen für das Kriegspotential Deutschlands von entscheidender Bedeutung waren. Nach neueren Forschungsergebnissen hätte vermutlich der Nichteinsatz dieser Zwangsarbeiter Ende 1941 zum Kollaps der Rüstungsindustrie geführt. Aus nationalsozialistischer Sicht sollte der Krieg letztendlich zu einer Erweiterung des „deutschen Lebensraumes“ führen, in dem alle Menschen, die nicht zur „deutschen Volksgemeinschaft“ gezählt wurden, keine Existenzberechtigung mehr haben sollten. Der Fortgang des Krieges und der daraus resultierenden schlechten Wirtschaftslage Deutschlands führten zwangsläufig zu dem Dilemma, dass man einerseits auf Zwangsarbeiter angewiesen war, aber andererseits aus rassistisch-ideologischen Gründen die Eingliederung in die „Volksgemeinschaft“ verhindern musste. Mit den „Polenerlassen“ im März 1940 begann der Terror gegen die dortige Bevölkerung. Zeitgleich aber gab es in der SS Überlegungen „rassische Musterungen“ einzuführen. Ziel war es Selektionskriterien zu formulieren, nach denen Personen zu „Volksdeutschen“ erklärt wurden und somit in die „Volksgemeinschaft“ aufgenommen wurden, andere aber wiederum als „Polen“ und „Juden“ deportiert und ermordet werden konnten.

Bereits am 16. November 1939 verkündete Göring einen Erlass, wonach die Verschleppung von polnischen Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen „in größtem Ausmaß zu betreiben“ sei. Während bereits rund

300.000 polnische Kriegsgefangene in der Ernte arbeiten mussten, forderte Walter Darré, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, in einer Rede am 27. November 1939 die Abkommandierung von zwei Millionen Polen und Polinnen zum Einsatz in der Landwirtschaft. Relativ schnell erfolgten Überlegungen wie die Zwangsarbeiter rekrutiert werden könnten, die dann zur Gründung der „Umwandererzentralstelle (UWZ)“ führten. In den besetzten polnischen Gebieten wurden flächendeckend Arbeitsämter eingerichtet, die die betroffenen Personen „anwerben“ sollten. Das Rasse- und Siedlungshauptamt (RuSHA) schlug Ende November 1939 vor, „für uns tragbare, rassistisch wie politisch nicht vollkommen unerwünschte Landarbeiter am Abtransport nach dem Generalgouvernement zu verhindern und sie als Landarbeiter zu behalten“. In den erwähnten „rassistischen Musterungen“ sollte entschieden werden, wer nach Deutschland kommen dürfe und wer deportiert werden müsse. Also nur „positiv“ Gemusterte sollten die Grenze überqueren dürfen, könnten als Arbeitskräfte eingesetzt werden und sollten dann allmählich assimiliert werden. Zwangsläufig führten diese Überlegungen zur Einführung des „Wiedereindeutschungsprogramms“. Somit wurden Kriterien aufgestellt, wer als „Wiedereinzudeutschender“ galt und wer deportiert wird. Die zu deportierenden Menschen wurden in die Gruppen „A“ (= Assimilation), „S“ (= Saisonarbeiter) und „U“ (= Untauglich) eingeteilt.

Das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) schlug die Errichtung eines zentralen Auffanglagers vor, um der „Selektionskommission“ die Reisen in die Landkreise zu ersparen. Mit Erlass des RSHA vom 24. April 1940 wurde offiziell die „Umwandererzentralstelle“ in Posen errichtet. Der Reichsführer SS Heinrich

Himmler spricht in einem Erlass vom 12. September 1940 von der „Durchprüfung der polnischen Bevölkerung und [der] Erfassung der zur Eindeutschung in Frage kommenden Schutzangehörigen“, die durch die Umwandererzentralstelle erfolgen solle. Diese UWZ hatte also die Aufgabe der Auswahl des unerwünschten Teils der polnischen Bevölkerung und der Organisation der anschließenden Deportation. Zuerst waren aus der Gruppe der zur Deportation vorgesehenen Polen und Polinnen diejenigen auszunehmen, die in kriegswichtigen Betrieben arbeiteten oder von der UWZ als Deutschstämmige betrachtet wurden. Die verbleibenden Personen wurden dahingehend überprüft, ob sie als Zwangsarbeiter ins Deutsche Reich kommen sollten oder als „Unerwünschte“ in das Generalgouvernement verschleppt werden sollten. Das Verfahren der rassistischen Musterungen bestand darin, dass die von den SS-Arbeitsstäben zur Deportation vorgeschlagenen und die von der UWZ „genehmigten“ Personen in regionalen Auffanglagern interniert wurden, bis sie nach Litzmannstadt (Lodz) gebracht wurden. Dort wurden sie einem mehrstufigen „Musterungsprozess“ (Entlausung und „oberflächliche Auslese“) unterworfen. In der „oberflächlichen Auslese“ wurde entschieden, wer auf Grund des Aussehens geeignet erschien, „ins Altreich abtransportiert zu werden“ (Anweisung UWZ vom 17.4.1940). Alle übrigen wurden in zwei weiteren Schritten einer gesundheitlichen „Einsatzfähigkeit“ und politischen Überprüfung unterzogen. Im letzten Schritt des Selektionsverfahrens, der so genannten „Feinauslese“ wurden die Personen in drei Gruppen eingeteilt: „AR“, „GG“ und „WR“. In die Gruppe der „AR“ (= Altreich) kamen diejenigen Personen, die „in ihrem Gesamteindruck als rassistisch wertvoll genug für ein späteres Aufgehen im deutschen Volkstum angesehen

werden können“. In die Gruppe „GG“ (= Generalgouvernement) kamen diejenigen, die als „nicht-wiedereindeutschungsfähig“ galten und ins Generalgouvernement zu deportieren waren. Die Gruppe „WR“ bezeichnete „Wanderarbeiter“, die als „rassistisch“ positiv „gemustert“ waren, aber Familien entstammten, die als „polnisch“ bezeichnet wurden.

Letztlich erwiesen sich aber diese „rassistischen Selektionen“ als nicht erfolgreich, da durch sie der deutschen Wirtschaft nur eine beschränkte Anzahl an Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen zur Verfügung gestellt werden konnte. Auf der anderen Seite befürchteten viele Parteiideologen, dass es mit den Zwangsarbeitern zu einer „Überfremdung“ kommen könne. Mit dem Zeitpunkt der Anforderung von hunderttausenden von Arbeitskräften durch die Wirtschaft, wurden die Selektionskriterien geändert, um eine größere Zahl von Zwangsarbeitern zu rekrutieren, die dann nicht mehr als „Wiedereindeutschungsfähige“, sondern - rassistisch noch akzeptabel - als „Wanderarbeiter“ zur Zwangsarbeit ins Reich verschleppt wurden.

Bis zum Kriegsende stellten die rund 7,7 Millionen ausländischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen über ein Viertel der Werkstätigen und ein Zehntel der gesamten Bevölkerung des Deutschen Reiches.

Gerhard Wolf, Politologe und Historiker für deutsch-jüdische Geschichte ist freier wissenschaftlicher Mitarbeiter im Haus der Wannsee-Konferenz und schreibt z. Zt. an seiner Dissertation zum Thema „NS-Germanisierungspolitik in den annektierten westpolnischen Gebieten“.



Dr. Gerhard Klopfer - ein "integrierter und nobler Rechtsanwalt der alten Schule"? - Ein Teilnehmer der Wannsee-Konferenz und seine Integration in der Bundesrepublik

Im Rahmen der Vortragsreihe zu den Herbstveranstaltungen referierte der Historiker Markus Heckmann am 4.11.2007 über den Staatssekretär in Hitlers Parteikanzlei und Teilnehmer an der Wannsee-Konferenz Gerhard Klopfer. Seine Todesanzeige („Wir trauern um Dr. Gerhard Klopfer nach einem erfüllten Leben zum Wohle aller, die in seinem Einflussbereich waren“) am 2.2.1987 in der Ulmer Südwest-Presse bezeichnete der damalige Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Berlin Heinz Galinski als empörend. Die SPD-Fraktion im Ulmer Gemeinderat sah in dem Wortlaut der Anzeige eine Verhöhnung der Opfer des NS-Regimes und erstattete Anzeige wegen Verunglimpfung des Ansehens Verstorbener. Die Lokalpresse berichtete in den nächsten Tagen über Klopfer, dass es sich bei ihm um eine NS-Größe

gehandelt habe, der seit 30 Jahren in Ulm gelebt hatte, ohne groß aufzufallen. Klopfer, 1905 in Schreibersdorf/Schlesien geboren, studierte Rechtswissenschaft in Breslau, Jena und Berlin, promovierte, arbeitete kurze Zeit als Staatsanwalt und Richter in Düsseldorf, kam dann ins Ministerium für Landwirtschaft und Forsten. Nach einem halben Jahr wechselte er unter Werner Best in den Planungsstab der GESTAPO und kam dann 1935 in die Parteikanzlei, Mitgliedschaft in der SS, dort 1938 Ministerialrat, 1939 Ministerialdirigent, 1941 Ministerialdirektor und 1942 Staatssekretär. Zu seinen Aufgaben in der 1935 von Hitler gegründeten Parteikanzlei gehörten u. a. die rechtliche Ausschaltung der Juden, die Besatzungspolitik in Polen und die Mobilisierung der Bevölkerung für den Kriegs- und Rüstungseinsatz.

So war er z. B. maßgeblich an einer Entscheidung beteiligt, die Gleichstellung jüdische Kinder und Jugendlicher zu „deutschstämmigen“ Kindern und Jugendlichen bei der Zuteilung Lebensmitteln aufzuheben. Seine SS-Personalakte verzeichnet ihn als „*einsatzbereiten und strebsamen SS-Führer*“. Mit der Inkrafttretung der Nürnberger Reichsbürger- und Rassegesetze wurden eine Vielzahl von Verordnungen erlassen, die die Ausschaltung der jüdischen Bevölkerung aus dem öffentlichen Leben zum Ziel hatten, also die Juden Stück für Stück aus dem Berufsleben zu drängen, ihr Leben einzuschränken und ihre Rechte aufzuheben. An Hand der Aktenlage lässt sich eindeutig nachweisen, dass Klopfer persönlich an der Ausarbeitung der Verordnungen und Gesetze beteiligt war. Aus dem Protokoll der Wannsee-Konferenz vom 20.1.1942 geht nicht hervor, ob und welcher Weise sich Klopfer als Teilnehmer an der Sitzung in Wannsee an der Diskussion beteiligt hatte, da von ihm im Protokoll keine Wortmeldung verzeichnet ist. Auf der Konferenz gab es unter den Teilnehmern keinen Diskussionsbedarf. Geplant war alle Juden Europas nach dem Osten zu deportieren und zu ermorden. So fand die Wannsee-Konferenz zu einem Zeitpunkt statt, als die Vernichtungspolitik des NS-Regimes in vollem Gange war, so waren die Juden im Reichsgebiet schon völlig isoliert. Aus dem zentralen Europa hatten die ersten Deportationen ins Generalgouvernement begonnen. Auch in den besetzten Gebieten der Sowjetunion war bereits eine halbe Million Juden von den Einsatzgruppen ermordet worden. Gerhard Klopfer wollte jedoch von allen nichts gewusst haben, wie er nach dem Krieg behauptete.

Heckmann resümierte, dass Klopfer in der Staatsverwaltung eine herausragende Stellung hatte. Durch seine Beteiligung an der Ausarbeitung von Gesetzen und entsprechenden Verordnungen war Klopfer in wichtige Entscheidungsprozesse eingebunden. Sein schneller Aufstieg in der Parteikanzlei und in den Rängen der SS zeigt, dass er ein absolut zuverlässiger Mitarbeiter war oder als solcher angesehen wurde. Seine hohe Stellung im Dritten Reich wirft natürlich die Frage auf, wie er sich ein paar Jahre nach Ende des Krieges unbemerkt in Ulm als Rechtsanwalt niederlassen konnte und nicht zur Rechenschaft gezogen wurde.

Nach Kriegsende gelang es Klopfer zunächst unterzutauchen. Erst ein Jahr später am 1. März 1946 wurde er unter dem falschen Namen Otto Kunz vom amerikanischen Geheimdienst in München festgenommen. Klopfer durchlief mehrere Internierungslager. Er war zunächst in Dachau, dann in Ludwigsburg und in Nürnberg-Langwasser interniert. Während der Zeit seiner Internierung liefen in Nürnberg die Kriegsverbrecherprozesse. Klopfer wurde während des Wilhelmstraßenprozesses als Zeuge befragt. Zwischen März 1947 und Januar 1948 wurde er insgesamt zehnmal von den Anklägern verhört. Diese Verhöre führte u. a. der stellvertretende Chefankläger Robert Kempner.

Nach den vorhandenen Verhörprotokollen hatte sich Klopfer sehr geschickt verhalten. Er bestritt kaum etwas, was die Ermittler schon ohnehin nicht schon

wussten und gab sich in allem anderen relativ ahnungslos. Er behauptete 1935 gegen seinen Willen zum Stab des Stellvertreters des Führers abkommandiert worden zu sein. Zur Wannsee-Konferenz befragt behauptete Klopfer den Wortlaut des Protokolls nicht zu kennen. Zu einer Anklageerhebung gegen Klopfer kam es nicht. Die amerikanischen Anklagevertreter übergaben die Akte Klopfer an die Nürnberger Spruchkammer. Die Anklage der Spruchkammer forderte für Klopfer die Höchststrafe und begründete dies mit seiner hohen Stellung im Staatsapparat. Die Strategie der Verteidigung bestand darin, den von der Anklage vorgelegten Dokumenten über Klopfer jegliche Beweiskraft abzuspreechen und Klopfers Stellung als Staatssekretär und SS-Führer abzumildern. So habe zwar Klopfer den Titel eines Staatssekretärs gehabt, aber in Wirklichkeit nicht die Befugnisse eines Staatssekretärs. Die Verteidigung reichte hierzu etwa zwei Dutzend eidesstattliche Erklärungen von Mitarbeitern der Parteikanzlei und anderen Ministerien ein. Glaubt man diesen Dokumenten, so sei Klopfer angeblich ein „Widerstandskämpfer“ gewesen. Klopfers persönlicher Referent in der Parteikanzlei schieb, er habe in Klopfer „*einen Menschen kennen gelernt, dessen unermüdliches positives Wirken den bösen Kräften, die im nationalsozialistischen Staat wirksam waren, immer wieder unter steter Gefährdung der eigenen Existenz Boden abgerungen hat.*“ Wilhelm Stuckart, Staatssekretär im Innenministerium und ebenfalls Teilnehmer an der Wannsee-Konferenz schrieb: „*Dr. Klopfer versuchte immer ausgleichend zu wirken und den radikalen Forderungen Bormanns die Schärfe zu nehmen. Auch in der Judenfrage nahm Dr. Klopfer stets einen gemäßigten von Vernunft und Menschlichkeit geprägten Standpunkt ein.*“

In seinem Verfahren vor der Spruchkammer äußerte sich Klopfer etwas ausführlicher über die Wannsee-Konferenz, als gegenüber den amerikanischen Anklägern. So sei er von Bormann zu dieser Sitzung geschickt worden, ohne vorher zu wissen, worum es bei dieser Sitzung gehen würde. Er hob besonders eindrucksvoll hervor, dass er die Zuständigkeit zur Ausarbeitung der Judenfragen von Göring bekommen habe. „*Die Teilnehmer*“, so Klopfer, „*hätten nicht gewusst, was unter dem Wort 'Endlösung' gemeint war*“. Bei der Sitzung sei lediglich zum Ausdruck gekommen, dass, so Klopfer, „*lediglich ein großer Raum für die Evakuierung der Juden geschaffen werden müsse. Ich habe dies schon als eine Härte gegen die Juden empfunden, als Mordplan konnte ich es jedoch nicht erkennen. [...] Es ist mir schon klar geworden, dass dies nichts mehr mit Menschlichkeit zu tun hat, Juden, die aus allen Bevölkerungsteilen stammen zum Straßenbau in den Osten einzusetzen, denn die Juden gehörten gebildeten Kreisen an, denen es schwer war, die bisherigen Lebensbedingungen aufzugeben*“.

Am Ende der Beweisaufnahme äußerte sich Klopfers noch einmal: „*Ich möchte dem Gericht danken für die Mühe alles genau zu prüfen. Ich habe immer gewusst, dass ich mich einmal vor einer Stelle werde verantworten müssen. Ich bin dankbar, dass ich es hier*

tun konnte. Ich kann verstehen, wenn alles genau abgewogen wird, wenn man nun das Unglück sieht, das über Deutschland hereingebrochen ist. Ich möchte nur noch sagen, dass ich nach dem Zusammenbruch alles verloren habe, ich traf meine Familie in sehr unglücklichen Verhältnissen. Ich habe auch noch für meine Mutter, die aus Schlesien geflüchtet ist, aufzukommen. Ich möchte weiterhin für meine Familie arbeiten können. Ich habe nicht vor, irgendeine politische Stellung zu gelangen, sondern ich bitte das Gericht, mir die Möglichkeit zu geben, eine Stellung anzunehmen, die es mir ermöglicht, meinen Unterhalt für mich und meine Familie zu verdienen.“

Das Urteil der Spruchkammer lautete, was seine Person betraf: *„Bormann habe seinem pflichtbewussten Beamten“, also Klopfer, „vertraut. Er hat ihn auch als guten Nationalsozialisten angesehen, sonst hätte er ihn nicht so lange in dieser Position gelassen. Seine Mitarbeit, insbesondere seine Tätigkeit als Berater Bormanns war eine sehr wesentliche Unterstützung des Nationalsozialismus. Dass die persönliche Einstellung des Betroffenen nationalsozialistisch war, dass er das Parteiprogramm bejahte, dafür bedarf es wohl keines besonderen Beweises“.* Auf Klopfers Teilnahme an der Wannsee-Konferenz bezugnehmend heißt es: *„auch wenn dem Betroffenen keine verbrecherische Handlung nachgewiesen werden kann, so war er doch über die Durchführung der Judenfrage informiert und hat auch weiterhin an der Ausarbeitung des Mischlingsproblems gearbeitet.“* Den eidesstattlichen Aussagen zugunsten Klopfers schenkte die Kammer keinerlei Glauben, denn in ihnen sei unschwer *„ein sophistisches Beweisen des gegenseitigen Nicht-Verantwortlich sein zu erkennen.“*

Markus Heckmann ist der Meinung, dass es bei den Spruchkammerverfahren nicht darum ging, Täter zu verurteilen, sondern diese möglichst schnell ins Zivilleben zu schleusen, damit sie am Wiederaufbau der Bundesrepublik teilnehmen konnten.

Im Fall Klopfer macht die Kammer dann tatsächlich aus drei Gründen mildernde Umstände geltend und zwar erstens folgte sie der Darlegung der Verteidigung, dass Klopfer nicht die Kompetenz eines Staatssekretärs hatte. Zweitens schenkte sie Klopfers Darstellung Glauben, dass er in einzelnen Fällen Gesetze und Verordnungen abmildern konnte und drittens berücksichtige die Kammer Klopfers aktuelle Lebenssituation, wie er sie in seinem Schlusswort eingehend geschildert hatte. So stuft die Nürnberger Spruchkammer Klopfer als minderbelastet ein. Er wurde zu einer Geldstrafe von 2.000 DM verurteilt und musste einer dreijährigen Bewährungsstrafe bei einfacher Erwerbstätigkeit nachgehen. Dieses Urteil bedeutete für Klopfer die Entlassung aus dem Internierungslager nach vier Jahren Haft. Während der von der Spruchkammer verhängten Bewährungsstrafe arbeitete Klopfer als Tischlergehilfe in der Firma des Schwiegervaters seiner ehemaligen Sekretärin in der Nähe von Ulm. Seit 1952 arbeitete er nebenher als Berater in Steuersachen für Unternehmen in der

Region und schaffte es so langsam wieder Fuß zu fassen.

Nach seiner Bewährungszeit versuchte Klopfer sich in Bayern als Anwalt niederzulassen. Das bayerische Justizministerium lehnte jedoch seinen Antrag ab, da Klopfer sein Staatsexamen nicht in Bayern abgelegt hatte. Sein Antrag in Baden-Württemberg aber hatte Erfolg. Nachdem Klopfer seinen anwaltschaftlichen Probedienst in einer Kanzlei in Memmingen nachgeholt hatte, konnte er sich in Ulm als Rechtsanwalt niederlassen und eröffnete am 29. Februar 1956 eine Kanzlei. Aus der Personalakte, die noch heute im Stuttgarter Justizministerium liegt, geht hervor, dass er bei der Beantragung zur Anwaltsniederlassung kein Geheimnis aus seiner Vergangenheit gemacht hatte, dies aber anscheinend für das Justizministerium kein Hinderungsgrund war.

Am 28. September 1960 stellte der Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Neumann in der Fragestunde im Bundestag die Anfrage an die Bundesregierung, ob ihr bekannt sei, dass gegen den ehemaligen Stellvertreter Bormanns Staatssekretär Klopfer vor einem bundesdeutschen Gericht ein Verfahren eingeleitet worden sei. Der damalige Justizminister Schäffer antwortete, der Bundesregierung sei nichts über ein Strafverfahren gegen Klopfer bekannt, sie werde aber die Möglichkeit prüfen, ein solches einzuleiten. Die Ermittlungen wegen des Verdachts der Beihilfe zum Mord wurden nun an die Oberstaatsanwaltschaft übertragen und zogen sich über eineinhalb Jahre hin. Im Mittelpunkt der Ermittlungen stand seine Teilnahme an der Wannsee-Konferenz. Klopfer äußerte sich zweimal schriftlich zu den Vorwürfen und wurde einmal vom zuständigen Staatsanwalt vernommen. Klopfer blieb bei seinen bisherigen Äußerungen. Am 29. Januar 1962 wurde das Ermittlungsverfahren eingestellt mit der Begründung: *„Die Annahme eines Verbrechens der Beihilfe zum Mord ... scheidet dahingehend, da für den Beschuldigten keine Möglichkeit vorhanden war, beeinflussend auf das Schicksal der Juden zu reagieren. Nachdem Hitler, Himmler und Heydrich die Vernichtung der Juden beschlossen und zum Zeitpunkt der Wannsee-Konferenz im Januar 1942 sogar mit der Durchführung der beschlossenen Maßnahmen begonnen hatten, bestand für den Beschuldigten keine Möglichkeit, die Durchführung des Massenmordprogramms zu verhindern oder zu erschweren.“*

Zu seinem 70. und 75. Geburtstag erhielt Klopfer vom damaligen baden-württembergischen Justizminister Eyrych Glückwunschschriften.

Markus Heckmann hat Geschichte, Soziologie und Politikwissenschaft in Berlin studiert und seine Magisterarbeit, die 2008 im Verlag Klemm & Oelschläger erscheinen wird, über Gerhard Klopfer geschrieben.



“Das europäische Haus gemeinsam gestalten”, Kiew 29.09.-2.10.2007

Vom 29. September bis 2. Oktober 2007 fand in der ukrainischen Hauptstadt Kiew eine tri-nationale Tagung mit Teilnehmern aus Deutschland, Belarus und der Ukraine statt, die unter dem Motto “Das europäische Haus gemeinsam gestalten” stand und vom Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk Dortmund (IBB) organisiert wurde. In mehreren Arbeitsgruppen wurden die unterschiedlichsten Themenbereiche diskutiert - angefangen von der Arbeit in sozialen Projekten, über den Aufbau von Selbsthilfegruppen in der Sozialarbeit, Schulpartnerschaften, Fragen der Ökologie und erneuerbaren Energien bis hin zu Fragen der Erwachsenenbildung und zum Lernen aus der Geschichte.

Die Tagung begann am 29. September mit einer offiziellen Gedenkfeier anlässlich des Massenmordes an den Juden Kiews am 29./30. September 1941 durch ein Einsatzkommando der deutschen Sicherheitspolizei in der damals noch am Rande Kiews gelegenen Schlucht von Babij Jar. Den überwiegenden Teil der Besucher der Veranstaltung bildeten die Tagungsteilnehmer, was zeigt, welchen geringen Stellenwert die Erinnerung an die Vorgänge vom September 1941 bei der Kiewer Bevölkerung einnimmt. Die Veranstaltung, auf der Vertreter der ukrainischen wie der deutschen Regierung und der jüdischen Gemeinde Kiews, u. a. auch eine ukrainische Zeitzeugin sprachen, fand am großen, noch zu Sowjetzeiten errichteten Denkmal statt.

Die etwa zweistündige Veranstaltung wurde auch von der Partei der “Kommunistische Patrioten” als Plattform für ihre Wahlpropaganda genutzt. Am Sonntag, 30. September, waren Wahlen in der Ukraine. In seiner Rede, die von Pfiffen unterbrochen wurde, warnte der Redner vor einem Erstarken neofaschistischer Kräfte in der Ukraine.

Ich hatte mich bei der Tagung für die Arbeitsgruppe “Erwachsenenbildung, Lernen aus der Geschichte” entschieden. Der Leiter der Geschichtswerkstatt im belorussischen Minsk aus der Gruppe berichtete über die Arbeit mit Erwachsenen wie mit Schülern in der Geschichtswerkstatt. Ein Mitglied der jüdischen Kultusgemeinde Kiew referierte über die Erinnerungsarbeit zum Holocaust, speziell zu den Vorgängen in Babij Jar. In seinem Vortrag, wie auch bei der anschließenden Diskussion, wurde eine Tendenz deutlich, wie ich sie u. a. auch in Lettland und Belarus beobachten konnte. Deutschen Wehrmachtssoldaten wird oft eine rettende Tätigkeit oder zumindest passive Haltung im Rahmen der Massenmorde während der deutschen Besatzung zugesprochen. Auf meine Frage an den Referenten, auf welche Dokumente sich seine entlastenden Thesen im Falle Babij Jar stützten, blieb er eine Antwort schuldig.

Die These von der “sauberen Wehrmacht” wird unbeirrbar weiter vertreten. In der weiteren Arbeit in Kleingruppen zeigte sich, wie unterschiedlich sich die Ausgangspositionen für die Erinnerungsarbeit in den Ländern gestaltet haben.

Der große Sieg über Deutschland, zu dem auch die Ukraine wie Belarus beigetragen haben, hat nur eine positive Beschäftigung mit der Vergangenheit zugelassen. Heldenverehrung, Ausblendung all dessen, was den großen Sieg hätte schmälern oder beschmutzen können, bestimmten jahrzehntelang den Umgang mit der jüngsten eigenen Geschichte. Von dieser Sichtweise musste sich die Gesellschaft erst freimachen. Erst das ermöglichte, sich zum einen auch den eigenen Opfern zuzuwenden - Helden sind keine Opfer - und sich außerdem mit der bis dahin ungestellten Frage der Kollaboration zu beschäftigen.

All das sind Prozesse, die erst vor kurzem begonnen haben. In Deutschland ist die Beschäftigung mit der eigenen Geschichte unter ganz anderen Voraussetzungen und Fragestellungen abgelaufen. Das wurde auch in der Abschlussdiskussion deutlich. Lernen aus der Geschichte wird als eine unabdingbare Notwendigkeit gesehen, gleichgültig wie eine Gesellschaft strukturiert ist, doch immer in enger Abhängigkeit von den historischen Rahmenbedingungen. Wenn der kommunistische Redner in Babij Jar sagte “Es gibt keine Rote Armee mehr, die die Faschisten zum Stehen bringt”, dann wollte er damit auch sagen, dass die Ukrainer das jetzt selber tun müssen und es nur können, wenn sie aus ihrer eigenen Geschichte lernen.

Ingrid Damerow, Historikern und Slawistin, freie wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz



Besuch der 1.000.000sten Besucherin in der Gedenkstätte



Frau Dorien van Ballegooyen aus Zeist/Holland wurde am 24.10.2007 als 1.000.000ste Besucherin in der Gedenkstätte von Herrn Dr. Kampe begrüßt. Sie erhielt ein umfangreiches Bücherpaket und eine persönliche Führung.



NS-Raubgut in Bibliotheken: ein Symposium

Am 8. und 9. November 2007 fand in Hannover auf Initiative der Gottfried-Wilhelm-Leibniz Bibliothek das Dritte Symposium zum Thema NS-Raubgut in Bibliotheken unter dem Motto: „Suche, Ergebnisse, Perspektiven“ statt. An der Tagung nahmen rund 70 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus Bibliotheken und Archiven aus dem In- und Ausland teil.

In drei Themenblöcken wurden die Vorträge und Präsentationen zusammengefasst:

- Organisation, Mittler und Nutznießer des Raubes
- Zum Umgang mit NS-Raubgut
- Identifizierung von Raubgut.

In dem ersten Themenblock wurden Vorträge über die Preußische Staatsbibliothek, ihre Erwerbungspolitik 1933-45, ihre Rolle als Verteilerinstitution beschlagnahmter Literatur, die Reichstauschstelle, die Finanzbehörden und ihre "Aufgaben" bei der Verteilung der geraubten Bücher und die Plünderung von Kirchen- und Klosterbibliotheken durch Gestapo und SD gehalten.

Im zweiten Themenblock ist über Erfahrungen aus Bibliotheken in Hamburg, München, Wien und Münster berichtet worden.

Darüber hinaus wurde auf vollkommen verloren gegangene Sammlungen chassidischer Gemeinden in Osteuropa und über Bibliotheken in Displaced Persons Camps nach Ende des Zweiten Weltkrieges berichtet.

Einige Spezialsammlungen, die identifiziert oder noch gesucht werden, wurden in dem dritten Themenblock vorgestellt.

Die Diskussion zeigte wie unterschiedlich der Stand der Erfahrung und der Auseinandersetzung mit NS-Raubgut in Bibliotheken ist, obwohl das Thema nunmehr seit etwa 10 Jahren auch öffentlich diskutiert wird (die Washingtoner Erklärung 1998 und der "Hannoversche Appell" von 2002). Es ist aber zu hoffen, dass Tagungen wie diese das Thema noch intensiver – nicht nur – diskutieren lässt. Ein Tagungsband wie nach dem Zweiten Symposium 2005 "Jüdischer Besitz als Raubgut" soll auch über diese Tagung erscheinen.

Gaby Müller-Oelrichs, Leiterin der Joseph-Wulf Bibliothek der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz



Dokumentation der Tagung „Hosted by the Krauts – Aktualisierung von Geschichte im Fußballstadion“



Die Zeitschrift „SportZeiten - Sport in Geschichte, Kultur und Gesellschaft“, Jg. 7/2007, Nr. 2, dokumentiert das Symposium „Hosted by the Krauts“, das im Juli letzten Jahres im Haus der Wannsee-Konferenz stattfand (siehe Newsletter Nr. 6, Juli 2006, S. 2f).

Die Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland bildete den Rahmen, die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz die Bühne, um Abseits von „Public Viewing“ und nationaler Euphorie über die Erfolge der deutschen Fußball-Nationalmannschaft die Geschichte des organisierten Sports – und vor allem des Fußballs – in den Blick zu nehmen.

Das Symposium, das in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für Politische Bildung und Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste organisiert wurde, stellte u. a. die Frage nach der Rolle des Sports in dem politischen und gesellschaftlichen Wandlungsprozess des Jahres 1933 in Deutschland und in den späteren besetzten und eroberten Ländern Europas zur Diskussion.

Weitere Themen waren die Auswirkungen dieses Prozesses auf das Alltagsleben und auf die deutsch-deutsche Nachkriegsgeschichte sowie die Frage nach der Kontinuität antisemitischer Stereotype im nationalen und internationalen Fußballsport.

Dr. Dr. Wolf-Dieter Mattausch, Bildungsabteilung GHWK

Das Heft (147 S., Verlag Die Werkstatt, Göttingen) ist in der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz oder im Buchhandel zum Preis von 9,70 € erhältlich.



Esther Reiss - Das Überleben

Mein Name ist Esther Reiss geborene Joskowitz. Ich wurde am 21.3.1923 in Łódź/Polen geboren. Ich wurde groß in einer frommen, aristokratischen jüdischen Familie. Meine Eltern halfen vielen Menschen. Bis 1939 lernte ich in einer polnischen Volksschule für Mädchen. Zu Hause sprachen wir jiddisch, polnisch und deutsch, in der Schule polnisch. Ich gehörte auch zu einer religiösen jüdischen Jugendorganisation für Mädchen. Ich war glücklich und zufrieden im Kreis von Eltern and fünf Geschwistern, zwei Brüdern und zwei Schwestern. Wir hatten wunderbare Nachbarn, Juden, Polen and Deutsche, auch wunderbare Freunde. Das Leben war herrlich, auch mit Besuchen von Kino, Theater und Konzerten. Ich wollte Musik studieren.

Hitler und der Krieg vernichteten meinen Lebensplan. Am 1. September 1939 begann der Krieg. Er war schrecklich mit vielen Bomben. Man musste in den Keller gehen. Die polnischen Nachbarn wollten die deutschen Nachbarn nicht hinein lassen. Da sagte meine Mutter: "wenn diese Deutschen nicht hinein gelassen werden, werde ich auch nicht in den Keller gehen." So lernte ich von meiner Mutter, keine Unterschiede zwischen Menschen und Menschen zu machen. Ein deutscher Nachbar erklärte meinem Vater zu Beginn der deutschen Besatzung: „Herr Joskowitz,

das Maul halten, aushalten und durchhalten“. Das Rezept half den Juden aber nicht.

Meine ganze Familie ist umgebracht worden.

An einem Tag im Oktober 1939 teilte man uns mit, dass alle jüdischen Bewohner unserer Strasse ihre Wohnungen und Häuser bis 17 Uhr verlassen müssten. Meine Schwester und ich liefen zu anderen Juden in unserer Strasse, um ihnen das mitzuteilen. Wir verließen unsere Wohnung und nahmen außer einer Tasche nichts mit. Meine Mutter gab den Schlüssel zu unserer Wohnung der deutschen Hausmeisterin. Sie weinte und sagte: „Frau Joskowitz, so lange ich hier bin, wird von Ihren Sachen nichts fehlen wenn Sie zurückkommen“.

Unsere Familie ging zu einem Onkel, der in einer Strasse wohnte, die noch nicht von Juden geräumt worden war. Juden, die sich nach 17 Uhr noch in ihren Wohnungen in unserer Strasse aufhielten, wurden von den Deutschen in einer Wohnung zusammen getrieben und dort alle erschossen.

Wir hatten schreckliche Erlebnisse und litten sehr im Ghetto Łódź oder Litzmannstadt.

Mein Vater und mein älterer Bruder, der eine wunderschöne Stimme hatte, sind im Ghetto an Hunger gestorben. Sie sind auf dem Friedhof des Ghettos nebeneinander begraben. Ich hatte für die beiden Grabsteine mit ihren Namen aufstellen lassen. So kann man sie leicht finden. Meine Mutter wurde von den Deutschen im September 1942 mit meinen kleinen Geschwistern, einem Bruder und einer Schwester, nach Chelmno deportiert und auf die schrecklichste Art umgebracht.

Als sie fort mussten, habe ich gefragt: „Mutter, sollen meine ältere Schwester und ich nicht mitkommen?“ Sie antwortete: "Nein, bleibt hier bis wir zurückkommen." Sie wusste nicht, dass man sie und die kleinen Geschwister in den nächsten Stunden auf einem Haufen Holz verbrennen würde.



Esther Reiss (Mitte) mit Enkelin und Tochter am 29.10.2007 vor der Ausstellungstafel ihrer Familie in der ständigen Ausstellung der Gedenkstätte

Das Überleben

Es war im Jahre 1943. Von unserer Familie lebten nur noch meine Schwester Itka und ich. Unser Vater und unser älterer Bruder waren im Ghetto verhungert, unsere Mutter mit den kleinen Geschwistern im Todeslager Chelmno vergast worden. Wir beide, Itka und ich, waren allein im Ghetto Łódź zurück geblieben. Es gab im Ghetto eine jüdische Polizeidienststelle und ein deutsches Kriminalkommissariat, das von Erschießungen über Selbsttötungen bis hin zu

Lebensmittel- und Arzneimittelschmuggel alles ermittelte, was im Ghetto geschah. Bei den Ermittlungen wurde gefoltert. Wer zur „Kripo“ bestellt wurde, kam nicht „auf den Beinen“ heraus. Die Juden, die dorthin vorgeladen worden waren, verließen das Haus ermordet oder schwer verletzt. Ihr Weinen und Schreien zerriss einem das Herz, wenn man dort vorüber ging.

Eines Tages erhielten wir eine Vorladung dorthin. Ich beschloss zu gehen. Ich betrat in dem Gebäude der Kripo ein Zimmer, in dem ein deutscher Offizier saß. Auf dem Tisch vor ihm stand ein Teller voller Wurst. Der Offizier war wohl überzeugt, dass ich, die ich halb verhungert war und sofort von der Wurst essen würde. Ich hielt mich aber unter Aufbietung aller inneren Kräfte zurück.

Während ich vor ihm stehen musste, fragte der deutsche Offizier: "Wo hat dein Vater eure Wertsachen versteckt?" Ich antwortete: "Mein Vater hat alle Wertsachen an der vorgeschriebenen Sammelstelle in der Alija Kostiuszki 21 abgeliefert. Die Plakate, die dazu aufforderten, gaben auch bekannt, dass die Todesstrafe gegen jeden verhängt werden würde, der seine Wertsachen verstecken würde. Mein Vater sagte, dass es sich nicht lohne, wegen Wertsachen zu sterben."

Dann fragte mich der Deutsche: "Wer waren die Geschäftsleute, die deinem Vater geschäftlich verbunden waren?" Ich sagte: "Ich war jung. Ich war eine Schülerin. Ich habe keine Ahnung." Das war die Wahrheit.

Der Offizier war von dieser wahren Antwort überrascht. Er sprang auf und schrie: "Mach dass du rauskommst!"

Ich war so erschrocken, dass ich mich nicht rühren konnte. Ich glaubte, dass draußen Soldaten auf mich warten würden, die mich festnehmen und in das schreckliche Zimmer bringen würden, aus dem wir die Schreie hörten. Während ich wie gelähmt da stand, sprang der Offizier noch einmal auf und brüllte noch einmal: "Mach dass Du rauskommst!" Daraufhin ging ich aus dem Raum. Draußen stand ein jüdischer Polizist. Ich fragte ihn: "Was soll ich tun?" Er antwortete: „Lauf, solange du noch atmen kannst“ Ich lief aus dem Gebäude. In der Nähe wartete meine Schwester Itka. Als sie mich lebendig sah, fiel sie in Ohnmacht. Ein Onkel half ihr auf und begleitete sie nach Hause. So habe ich überlebt.

Ich glaube, das lag daran, dass ich die Wahrheit sagte. Davon war der Offizier überrascht. Und er jagte mich ins Leben, lebendig und nicht tot. Über Chelmno habe ich erst lange nach Kriegsende Einzelheiten erfahren.

Was ich bis heute nicht verstehe ist, warum man die Menschen nicht einfach erschoss? Warum versammelte man sie in einem großen Saal, nackte Frauen, Männer und Kinder, die ihre Eltern noch nie nackt gesehen hatten?

Warum diese Schande?

Meine Schwester und ich waren noch bis Ende August 1944 im Ghetto Łódź. Dass wir bis dahin noch lebten, verdanken meine Schwester und ich Frau Piaskewski, der Mutter meines Musiklehrers.

Wir hatten schon die Aufforderung bekommen uns am Umschlagplatz zu melden und wollten hingehen, da wir nichts mehr zu essen hatten. Die Deutschen hatten uns Brot und die Lebensmittelkarten fortgenommen, damit wir keine Verpflegung für ein Überleben im Versteck hätten. Auf dem Weg traf uns Frau Piaskewski. Sie erlaubte uns nicht weiter zu gehen. Wir sagten: "aber wir haben nichts zu essen." Sie antwortete: "Ihr kommt mit mir und bleibt bei mir. Was ich zu essen habe, werden wir teilen." So sind wir zunächst am Leben geblieben. Leider starb meine Schwester Itka später im Lager Bergen-Belsen. Nur ich wurde gerettet.

Von dem Transport, mit dem wir damals deportiert werden sollten, hat niemand überlebt.

Ende August 1944, als das Ghetto Łódź aufgelöst wurde, wurden meine Schwester und ich in einem entsetzlichen Transportzug nach Auschwitz gebracht. Als wir dort ankamen, mussten wir auch unsere letzte Habe in unseren Rucksäcken im Zug zurücklassen. Wir überlebten die „Selektion“. Die dafür abgelegte Kleidung wurde uns fortgenommen. Wir bekamen eine Art „Pyjama“. Dann wurden wir als jüdische Zwangsarbeiter nach Hambühren-Waldeslust geschickt. Wir arbeiteten dort in einem Salzbergwerk und bauten auch für die deutsche Reichsbahn.

Wenn ich alles erzählen würde, was ich in dieser Zeit erlebte, würde ich sechs Jahre brauchen. Das ist zu lang. Deshalb erzähle ich nur vom Weg nach Bergen-Belsen und etwas von dort.

Wir mussten in Schnee, Regen und Kälte ohne Winterkleidung zu Fuß durch den Wald nach Bergen-Belsen gehen. Dort wurden wir in Baracken untergebracht, in denen wir auf der Erde liegen mussten. Meine Schwester und ich hatten zusammen eine Decke, die wir auf den Boden legten und uns mit einem Teil zudeckten. Am frühen Morgen standen wir auf und gingen dann zu dem einzigen Wasserhahn, den es in der Baracke gab. Wir zogen uns aus und wuschen uns am ganzen Körper.

Da wir kein Handtuch hatten, um uns abzutrocknen, zogen wir unsere Kleider in der Kälte über unsere nassen Körper. Wir versuchten so, unsere Menschlichkeit in dieser Umgebung aufrecht zu erhalten.

Ich hatte schon als Fünfjährige Typhus gehabt und war daher gegen die im Lager grassierende Seuche immun. Meine Schwester Itka dagegen starb am 1. April 1945 an Typhus und Hunger. Ich war sehr unglücklich und bin bis heute unglücklich. Es ist mir bange nach meiner Familie.

Esthers erster Ausweis in Jerusalem, Mai 1946

Mein Vater war Zionist. Das hat mich beeinflusst, nach der Befreiung in Bergen-Belsen nach Palästina auszuwandern und dort Eretz Israel aufbauen zu wollen. Ich habe einen Mann geheiratet, der aus Berlin kam. Mit ihm habe ich eine wunderbare Familie gegründet. Mein Mann Jacov Reiss und meine Kinder haben mir geholfen, das Andenken an die Shoah zu pflegen und die Toten nicht zu vergessen.

Ich bin oft nach Bergen-Belsen zurückgekehrt, habe dort einen Gedenkstein für meine Schwester aufgestellt und mich mit dem Leiter der Gedenkstätte Dr. Rahe angefreundet. Er schrieb ein wichtiges Buch über „Jüdische Religiosität in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern“ mit dem Titel „Höre Israel“. Ich habe dieses Buch ins Hebräische übersetzen lassen und es in Israel an Einrichtungen verteilt, in denen über die Shoah unterrichtet wird.

Hier in Israel habe ich einen Gedenkstein für Chelmno aufstellen lassen und ein Buch über dieses damals weniger bekannte Todeslager herausgegeben.

Ich erzähle hier auch in Schulen und in der israelischen Armee von dem, was ich erlebt habe. Ich bin dafür von der Holocaust Gedenkstätte Yad Vashem in Israel ausgezeichnet worden.

Eine Tante von mir rettete einige Photos und Dokumente nach Israel. Diese habe ich Gedenkstätten in Deutschland zur Verfügung gestellt. Sie sind Zeugen meiner Vergangenheit und meines tragischen Lebens in der Shoah.

Ich freue mich, dass ich eine herzliche Verbindung zu Menschen in Bergen-Belsen und in Berlin-Wannsee habe, Menschen, die in den Museen alles tun, das Gedenken an die Opfer der Shoah zu verewigen.

Mit der Hoffnung auf Frieden in der Welt möchte ich mein Leben beschließen.

Esther Reiss

Jerusalem, den 7. Oktober 2007



Eisenbahnen, Flugzeuge und Zwangsarbeiter – Erinnerung an einen kaum bekannten Industriestandort im Berliner Wedding

Am 1. September 2007 fand im Berliner Bezirk Wedding die Einweihung eines neuen Parks statt. Er liegt an der Sprengelstraße zwischen Nordufer, Technischer Fachhochschule und dem ehemaligen Rudolf-Virchow-Klinikum. Auf Wunsch der Anwohner trägt er den Namen „Sprengelpark“. Seit der Eröffnung ist am Rande dieses Parks auch das Ergebnis eines lokalhistorischen Forschungsprojektes zu besichtigen. Eine Installation in Form einer in den Boden eingelassenen Flugzeugintarsie und drei Informationstafeln erinnern an die vorangegangene Industriegeschichte dieses Geländes. Die Flugzeugintarsie verweist auf den spektakulärsten Aspekt in der Geschichte dieses Standortes.

Begonnen hat die industrielle Nutzung des knapp 11.000 Quadratmeter großen Parkgeländes bereits 1867 mit dem Bau einer Eisenbahnfabrik. Eine Aktiengesellschaft, die Norddeutsche Fabrik für Eisenbahn-Betriebs-Material AG, erwarb ein kaum besiedeltes Gelände südöstlich des damals noch weit außerhalb Berlins gelegenen Dorfes Wedding. Die Fabrik fertigte Güter- und Postwagen, aber auch Drehscheiben für Lokomotiven, optische Signale und Beschlagteile für Waggons. Ihre Lage, die eine direkte Verbindung zum Berlin-Spandauer Schifffahrtskanal und zur Bahnstation Wedding ermöglichte, sicherte eine gute Verkehrsanbindung zur An- und Auslieferung von Material und Waggons. Dennoch liefen die Geschäfte nicht sehr gut, die Produktion musste bald

eingestellt werden. 1879 wurde das gesamte Industrieareal verkauft. Der neue Besitzer, die Norddeutsche Lagerhaus AG, parzellierte 1902 das Gelände und verkaufte die entstandenen Grundstücke einzeln, vorwiegend an Wohnbaugenossenschaften und Privatpersonen, die zumeist Mietshäuser errichteten.

Eine neue Phase der industriellen Nutzung setzte 1924 ein, als die Rohrbach Metallflugzeugbau GmbH das heutige Parkgelände erwarb und darauf eine Flugzeugfabrik errichtete. Als ungewöhnlich ist dabei nicht allein der Standort fernab jedes Flugplatzes inmitten eines Wohnbezirkes anzusehen. Vermutlich war das Gelände auch aus Tarnungsgründen gewählt worden, denn der Versailler Vertrag verbot den Bau von Flugzeugen in Deutschland. Bemerkenswert ist ebenso die Bebauung, die entstand. Der Ingenieur und Gründer der Firma, Adolf Rohrbach (1889-1939), ließ eine für damalige Verhältnisse überaus moderne Produktionshalle errichten, die der Architekt Werner March, der Planer des Berliner Olympiastadions, entwarf. Als geradezu spektakulär lässt sich jedoch die dort 1927 im Auftrag der Deutschen Lufthansa begonnene Entwicklung und Produktion des Flugbootes „Romar“ beschreiben, das zwar niemals zur Serienreife gelangte, dessen Prototypen mit einer Spannweite von 37 Metern und einem Rumpf in der Länge von 22 Metern jedoch die damals größten Flugboote der Welt darstellten.



Der Rumpf des Flugbootes „Romar“ vor der Fabrikhalle in der Sprengelstrasse, 1927. Foto: Archiv Rainer W. During

Fotos, wie die hier gezeigte Abbildung aus dieser Zeit, machen deutlich, dass dieses Flugboot die Montagehalle nur in Einzelteilen verlassen konnte. Bevor es sich erstmals in die Luft erhob, wurde es über enge Straßen zum Nordhafen transportiert, verschifft und erst am Zielort Travemünde, wo die ersten Testflüge stattfanden, wieder zusammengesetzt. Doch so ambitioniert die Pläne Rohrbachs waren, auch seine Geschäfte liefen nicht gut. Bereits vor seinem Tod 1939 ging seine Firma in die Weserflug GmbH Bremen über, später nutzte die Fertigungsgerätebau GmbH das Werk.

Die Anlagen im Wedding dienten im Rahmen des Programms der deutschen Luftrüstung für den Zweiten Weltkrieg ab 1937 der Reparatur und Fertigung von Flugzeugteilen und Motoren.

Das Mammut-Projekt Adolf Hitlers, Berlin zu „Germania“, der repräsentativen Hauptstadt eines nationalsozialistischen Großreiches auszubauen, betraf auch das Gelände der Flugzeugfabrik. Was genau produziert wurde, lässt sich nicht mehr vollständig rekonstruieren. Einzelne Überlieferungen gehen davon aus, dass an diesem Standort während des Zweiten Weltkrieges Teile der „V1“ Rakete produziert wurden.

Systematisch wurden in dieser Zeit Zwangsarbeiter aus dem heutigen Tschechien, aus Holland und aus Frankreich in dem Flugzeugwerk beschäftigt. Der Grund für die Zwangsrekrutierung von Arbeitskräften während des Dritten Reiches bestand in einem Arbeitskräftemangel, der seit Kriegsbeginn herrschte. Die Zwangsarbeit trug dazu bei, die Industrie- und Rüstungsproduktion aufrecht zu erhalten und stellte einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Herrschaft des nationalsozialistischen Regimes dar.

Zwangsarbeit wurde, wie im Falle des Herrn P. über die Arbeitsämter organisiert. Es gab jedoch auch radikalere Maßnahmen zur Rekrutierung von Zwangsarbeitern, die Verhaftungen gleichkamen. Dies war insbesondere in osteuropäischen Ländern der Fall. Und schließlich stellte auch der Einsatz von Häftlingen aus Konzentrationslagern in der deutschen Industrie Zwangsarbeit dar. Daraus ergaben sich große Unterschiede in der Art der Beschäftigung, der Behandlung und in dem Maß an Freizügigkeit, über das Zwangsarbeiter im „Dritten Reich“ verfügten. Viele von ihnen trugen bleibende Schäden davon oder starben sogar an den Folgen der Arbeit. Jenseits dieser Unterschiede galt jedoch für alle Zwangsarbeiter, dass sie gegenüber ihren deutschen Kollegen bedeutend schlechter gestellt waren. Sie verdienten weniger, teilweise erhielten sie keinen Lohn und mussten in Sammelunterkünften oder Barackenlagern leben.

Die Arbeitsverpflichtung von Vladimir P., der in einem Briefwechsel mit dem Berliner Historiker Thomas Irmer 2002 über seine Erlebnisse bei der Fertigungsgerätebau GmbH berichtet, wurde vom Berliner Arbeitsamt organisiert. Im November 1942 wurde er in einem Sonderzug aus dem heutigen Tschechien erst in das

Durchgangslager Wilhelmshagen transportiert und drei Tage später nach Berlin gebracht, wo er in ein Wohnlager in der Wackenbergsstraße 75 in Niederschönhausen einquartiert wurde. In diesem Wohnlager lebten nur Zwangsarbeiter, die bei der Fertigungsgerätebau GmbH beschäftigt waren. Herr P. berichtet, dass dort insgesamt etwa 65 Tschechen, davon 25 Frauen, außerdem 30 Franzosen und 35 Holländer lebten. Für ihren Weg zur Arbeit legten sie erst einen Fußmarsch von einem Kilometer zur nächsten Bahnstation zurück, um dann mit der S-Bahn zur Fabrik zu fahren. Sie arbeiteten an sechs Tagen die Woche jeweils 10 Stunden. Wie Herr P. angibt, mussten die Zwangsarbeiter in der Fertigungsgerätebau GmbH länger arbeiten als deutsche Arbeiter und Angestellte und erhielten nur ein Drittel des Lohnes. Er selbst arbeitete im Konstruktionsbüro und fertigte technische Zeichnungen für Flugzeugbauteile an.

Nach großen Bombenschäden im November 1944 stellte die Werksleitung die Produktion im Wedding ein und verlagerte sie bis Kriegsende ins Riesengebirge. Damit endete die zweite Phase der industriellen Nutzung des heutigen Parkgeländes.

In der Nachkriegszeit, die im Wedding vor allem durch die Abwanderung von Industrie und Gewerbe geprägt war, siedelten sich auf dem Gelände nur mehr kleinere Handwerks- und Produktionsbetriebe an. Sie nutzten die noch verbliebenen und teilweise instand gesetzten Werkshallen. Die von March geplante Fertigungshalle wurde auf ihre Denkmalswürdigkeit geprüft, aber nicht unter Denkmalschutz gestellt. Als die Deutsche Bahn dann zur Überbrückung des Kanals die Überbauung von nahe gelegenen Grünanlagen plante, musste für die Anwohner eine Ausgleichsfläche gefunden werden. Die Wahl fiel auf das ehemalige Industrieareal an der Sprengelstraße. Mit dem Abriss der Gebäude im Jahre 2004, darunter der Montagehalle von Werner March, verschwanden die letzten Zeugnisse der Industriegeschichte dieses Ortes. Zu spät zwar, um die Hallen zu erhalten, nicht zu spät aber, um wenigstens auf die Gestaltung des Parks einzuwirken, gab der Abriss Anlass, die Geschichte dieses Ortes genauer zu erforschen. Neben der von dem Architekten Thomas Wolf entworfenen Installation am Rande des Parks, informiert eine Broschüre ausführlich über die Ergebnisse des 2005 durchgeführten lokalhistorischen Projektes.

Judith Hahn, Historikern und freie Mitarbeiterin in der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz

Literaturhinweis:

Dr. Judith Hahn, Vom High-Tech-Standort zum Sprengelpark. Die Geschichte eines Industriegebietes im Berliner Wedding, Berlin 2005 (2. Aufl. 2006).

(Interessierte können die Broschüre gegen eine Schutzgebühr von 5,00 € entweder direkt in der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz oder von der Autorin unter hahn-publikationen@web.de beziehen.)



Vor 46 Jahren: Landschulheim Neukölln, Am Großen Wannsee 56-58

Im August 1961 war meine Klasse 14 Tage im Landschulheim Neukölln in Wannsee untergebracht. Mit zwei Lehrern fuhren wir im Bus zum ruhig und abgelegenen Haus in der Straße Am Großen Wannsee.

Der Schlafraum für uns Jungen war in der 1. Etage links (heutiger Seminarraum), mein Bett stand am Fenster zur Seeseite. Der Waschraum war dort, wo heute die Toiletten sind auf dem selben Flur. Der Unterrichtsraum und der Essraum befanden sich im Parterre.

Nach dem Frühstück begann der Unterricht bis mittags, nach dem Mittagessen hatten wir Freizeit. Wir konnten im schönen Garten spielen und rumtoben.

Auch einen Fotowettbewerb gab es. Die schönsten Bilder wurden später in unserer Fritz-Karsen-Schule in Berlin-Neukölln ausgestellt.



Im Kaminzimmer wurden Spiele gespielt und kleine Theaterstücke aufgeführt.



Wir unternahmen auch Ausflüge in die nähere Umgebung.

Hier trafen wir auf die Amis (amerikanische Soldaten), die im Grunewald, der im amerikanischen Sektor lag, oft ihre Manöver abhielten. Sie wühlten mit Ihren Panzern den Waldboden auf und die Maschinengewehre konnte man kilometerweit hören. Hierbei schossen sie überwiegend mit Platzpatronen, aber auch mit scharfer Munition. Die Übungsplätze wurden zu diesem Zweck natürlich abgesperrt, nach den Schießübungen aber für Fußgänger wieder geöffnet. Wir Jungen suchten nach abgefeuerten Platzpatronen, fanden aber auch einzelne liegen gelassene scharfe Patronen. Mann, war das spannend, so eine Munition mit intaktem Zündplättchen in der Hand zu haben. Was wurde da "gefachsimpelt".

Ein Schüler hatte einen alten Kopfhörer mit. Wenn wir die Drähte an die Heizkörper hielten, konnten wir ganz leise den RIAS hören. Der Sender war ziemlich stark, so dass die Spulenwicklungen ausreichten, das Programm zu empfangen.

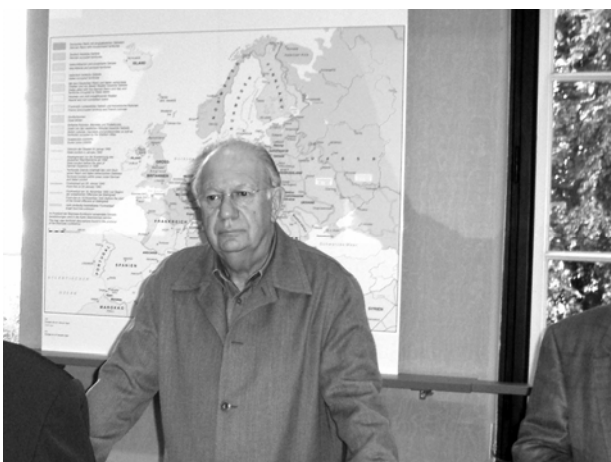
Es war mein erster "Abenteuerurlaub", weg von Mutttern, raus ins Grüne und Tag und Nacht mit den Klassenkameraden zusammen.

Obwohl das alles schon lange zurückliegt, bleiben doch ein paar Episoden im Gedächtnis haften.

Rainer Schmidt, Berlin




Besuch des ehemaligen chilenischen Staatspräsidenten Ricardo F. Lagos in der Gedenkstätte am 9. September 2007



Felicitaciones por este Museo
a la Memoria.

... Para nunca más volverlo,
... nunca más negarlo!!


Ricardo Lagos Septiembre, 2007
CHILE



Jugendforum denk!mal '08

Anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar lädt das Abgeordnetenhaus von Berlin Jugendliche auch in diesem Jahr wieder zum **Jugendforum denk!mal '08** ein. Eine Woche lang haben Jugendliche die Gelegenheit, ihre Ideen, Initiativen und Projekte zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus oder gegen rechte Gewalt einer breiten Öffentlichkeit im Abgeordnetenhaus von Berlin zu präsentieren.

Die **Abschlussveranstaltung findet am 28. Januar 2008 um 18.00 Uhr** im Plenarsaal des Abgeordnetenhauses von Berlin statt. Im Anschluss daran wird der Präsident des Abgeordnetenhauses, Walter Momper, im Casino die Ausstellung der eingereichten Projekte eröffnen. Die **Ausstellung läuft vom 28. Januar bis 1. Februar 2008**.

Kontakt: Abgeordnetenhaus von Berlin, Referat Öffentlichkeitsarbeit, **Projektbüro denk!mal '08**
Niederkirchnerstraße 5, 10111 Berlin, Tel.: 030 / 23 25 20 12/-11/-10, Fax: 030 / 23 25 20 18,
E-Mail: mail@denkmal-berlin.de



Register der Artikel (Nr. 1/Juni 2005 – Nr. 10/November 2007)

- Band, Guy: Volunteer in the House of the Wannsee Conference. Nr. 7/Dezember 2006, S. 12
- Bauer, Yehuda: Die Bedeutung der Wannsee-Konferenz. Sonderausgabe 2006, S. 8-13
- Botsch, Gideon: Von der Industriellen-Villa zur Gedenkstätte: Zur Zeitgeschichte des Hauses der Wannsee-Konferenz. Nr. 4/Dezember 2005, S. 10f
- Bundesstiftung „Dokumentation NS-Verbrechen“. Nr. 1/Juni 2005, S. 2
- Damerow, Ingrid: „Das europäische Haus gemeinsam gestalten“, Kiew 29.09.-2.10.2007. Nr. 10/November 2007, S. 6
- Damerow, Ingrid: „Verfolgung von Kindern im Nationalsozialismus“ – Studientag im Haus der Wannsee-Konferenz. Nr. 9/Juli 2007, S. 2f
- Dorner, Matthias: Zentrales Seminar österreichischer Gedenkdieners 2005 in Berlin. Nr. 4/Dezember 2005, S. 11
- Ende einer glanzvollen Welt – Freiluftausstellung über die Villenkolonie am Wannsee. Nr. 2/Juli 2005, S. 9
- Ewald, Barbara: Besucherstatistik 2006. Nr. 7/Dezember 2006, S. 13
- Ewald, Barbara: Statistische Übersicht über die Anzahl der Führungen, Kleingruppenarbeiten und Studientage von 1992-2005. Nr. 5/April 2006, S. 9f
- Französische Untergrundseelsorge in Berlin 1943-45 – ein lebensgefährliches, geistliches Abenteuer. Nr. 2/Juli 2005, S. 8f
- Fuchs, Petra: Studientage zum Thema „NS-Zwangssterilisation und ‚Euthanasie‘“. Nr. 9/Juli 2007, S. 3-5
- Gaida, Ulrike: Seminare der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz für Angestellte des Gesundheitswesens. Nr. 4/Dezember 2005, S. 4
- Gilad, Yossi: Freiwilliger der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste in der Gedenkstätte. Nr. 2/Juli 2005, S. 7
- Gössel, Klaus-Dieter; Wolf-Dieter Mattausch: Seminare zum Thema „Reichsfinanzverwaltung im Nationalsozialismus“. Nr. 4/Dezember 2005, S. 2
- Gröschel, Markus: Mein Jahr als Gedenkdieners in der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz (1.08.2006-31.07.2007). Nr. 9/Juli 2007, S. 12
- Gröschel, Markus: Voyage de la Mémoire – Eine französische Reisegruppe aus Cabestany (französische Pyrenäen) besuchte Gedenkstätten in Berlin (3.-08.04.2007). Nr. 9/Juli 2007, S. 10
- Gröschel, Markus; Lore Kleiber: „Sorties de crises dans la seconde moitié du XX^e siècle – Allemagne, Espagne, France – Auswege aus den Krisen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts“, Seminar in Prades vom 25.-29.10.2006. Nr. 7/Dezember 2006, S. 6f
- Gryglewski, Elke: Bericht der Arbeitsgruppe „Methodische Möglichkeiten der Einbindung von Ausstellungen in die Projektarbeit von Gedenkstätten“. Nr. 7/Dezember 2006, S. 4f
- Gryglewski, Elke: Culturas Urbanas de la Memoria – Buenos Aires-Berlin. Nr. 6/Juli 2006, S. 4f
- Gryglewski, Elke: Erinnerung in der multikulturellen Gesellschaft. Nr. 7/Dezember 2006, S. 4
- Gryglewski, Elke: Treffen der deutsch-israelischen Arbeitsgruppe zu Fragen der Gedenkstättenpädagogik vom 18.-21.09.2005 im Haus der Wannsee-Konferenz. Nr. 3/Okttober 2005, S. 4
- Hahn, Judith: Eisenbahnen, Flugzeuge und Zwangsarbeiter – Erinnerung an einen kaum bekannten Industriestandort im Berliner Wedding. Nr. 10/November 2007, S. 11f
- Hannon, Teresa; Elin Zincke: Freiwilliges Praktikum in der Mediothek der Gedenkstätte. Nr. 6/Juli 2006, S. 10
- Heckmann, Markus: Dr. Gerhard Klopfer – ein „integrierender und nobler Rechtsanwalt der alten Schule?“ – Ein Teilnehmer der Wannsee-Konferenz und seine Integration in der Bundesrepublik. Nr. 10/November 2007, S. 3-5
- Jaiser, Constanze: Europa im Kampf 1939-44 – Internationale Poesie aus dem Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück. Nr. 3/Okttober 2005, S. 7
- Kaiser, Wolf: „Gedenkstättenseminar an einem Täterort“ – Eine Tagung im Haus der Wannsee-Konferenz. Nr. 7/Dezember 2006, S. 2f
- Kaiser, Wolf: Bildungsabteilung – Bericht über das Jahr 2004. Nr. 1/Juni 2005, S. 5f
- Kaiser, Wolf: Seminar mit ungarischen Lehrern und Lehrerinnen, Nr. 1/Juni 2005, S. 2
- Kampe, Norbert: Einführung in die neue Ausstellung. Sonderausgabe 2006, S. 13-16
- Kleiber, Lore: Bildungsarbeit in Gedenkstätten zum Thema „Täterinnen“ unter Einbeziehung von Gender-Aspekten. Nr. 7/Dezember 2006, S. 5f
- Kleiber, Lore: Das ehemalige Konzentrationslager Fossoli. Nr. 4/Dezember 2005, S. 8f
- Kleiber, Lore: Die Europäer und die Shoah. Nr. 6/Juli 2006, S. 9
- Kleiber, Lore: Luoghi per la memoria – luoghi per la storia. Tagung in Modena/Italien, 13./14.12.2005. Nr. 4/Dezember 2005, S. 8
- Kleiber, Lore: Pädagogische Mitarbeiter/innen der BStU (Beauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR) zum Studientag im Haus der Wannsee-Konferenz. Nr. 9/Juli 2007, S. 6
- Kleiber, Lore: Projekt „Erinnerungspolitik in europäischer Perspektive: Deutschland, Frankreich und Polen im Vergleich (1945-2004)“, Nr. 1/Juni 2005, S. 3
- Kleiber, Lore: Seminar mit Studierenden der Geoökologie und Humangeographie der Universität Potsdam am 4. Juni 2005. Nr. 2/Juli 2005, S. 4f

- Knapp, Gabriele: Lehrerfortbildung zum Thema „Rechte Jugendkulturen“. Nr. 3/Oktober 2005, S. 6
- Knapp, Gabriele: Verstörung beim Besuch der Oper „Das Frauenorchester von Auschwitz“. Nr. 7/Dezember 2006, S. 10-12
- Konferenz: „350 Years of American Jewry 1654-2004: Transcending the European Experience?“ Nr. 2/Juli 2005, S. 10
- Kreutzmüller, Christoph: Das Projekt „Ausgrenzungsprozesse und Überlebensstrategien – Mittlere und kleine jüdische Gewerbe-Unternehmen in Berlin 1930/31 bis 1945“. Nr. 9/Juli 2007, S. 9f
- Lange Schatten – Bilder von Monica Weiss/Buenos Aires. Ausstellung in der Vertretung des Freistaates Sachsen in Kooperation mit der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz. Nr. 3/Oktober 2005, S. 9
- Mann, Matthias: Neuer Online-Katalog der Joseph-Wulf Mediothek. Nr. 2/Juli 2005, S. 6
- Mattausch, Wolf-Dieter: „Hosted by the Krauts – Aktualisierung von Geschichte im Fußballstadion“. Nr. 6/Juli 2006, S. 2f
- Mattausch, Wolf-Dieter: 10 Jahre Seminare für Angehörige der Bundeswehr. Nr. 2/Juli 2005, S. 5f
- Mattausch, Wolf-Dieter: Dokumentation der Tagung „Hosted by the Krauts“ – Aktualisierung von Geschichte im Fußballstadion. Nr. 10/November 2007, S. 8
- Mattausch, Wolf-Dieter: Tagung „Fußball im Nationalsozialismus“. Nr. 5/April 2006, S. 2f
- Müller-Oelrichs, Gaby: AGGB-Treffen September 2005. Nr. 2/Oktober 2005, S. 8
- Müller-Oelrichs, Gaby: Arbeitsgemeinschaft Gedenkstättenbibliotheken (AGGB). Nr. 7/Dezember 2006, S. 8
- Müller-Oelrichs, Gaby: Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Gedenkstättenbibliothek in London, März 2006. Nr. 5/April 2006, S. 11
- Müller-Oelrichs, Gaby: Joseph-Wulf Mediothek – Berichtsjahr 2005. Nr. 5/April 2006, S. 8
- Müller-Oelrichs, Gaby: NS-Raubgut in Bibliotheken: ein Symposium. Nr. 10/November 2007, S. 7
- Partouche, Hugo; Juli Mann: „Wir sind zwei Praktikanten aus Paris...“ Nr. 6/Juli 2006, S. 7f
- Reiss, Esther: Das Überleben. Nr. 10/November 2007, S. 8-10
- Rink, Thomas: Studientag „Revisionistische Geschichtslügen“. Nr. 5/April 2006, S. 5
- Rosenhain-Osowska, Anna: „Die deutsche Perspektive“ – eine Fortbildung für polnische Lehrer im März 2006. Nr. 5/April 2006, S. 3f
- Rosenhain-Osowska, Anna: Bericht des Fortbildungsseminars für polnische Lehrer zum Thema „Die Geschichte der Shoah und ihre Vermittlung im Unterricht“ (10.-15.04.2007). Nr. 9/Juli 2007, S. 7f
- Rosenhain-Osowska, Anna: Geschichte der Shoah und ihre Vermittlung im Unterricht - Fortbildungsseminar für polnische Lehrer vom 27.09.-01.10.2005. Nr. 3/Oktober 2005, S. 3
- Rosenhain-Osowska, Anna: Studientag zur Vorbereitung einer Fahrt in die Gedenkstätte Auschwitz. Nr. 7/Dezember 2006, S. 8f
- Rückblick 13 Jahre Dauerausstellung (Januar 1992 – September 2005). Nr. 3/Oktober 2005, S. 2
- Scheel, Christopher: Studientage für Justizreferendare. Nr. 4/Dezember 2005, S. 5f
- Schikorra, Christa: Studientag „Frauen in Konzentrationslagern“. Nr. 6/Juli 2006, S. 6
- Schmidt, Rainer: Vor 46 Jahren: Landschulheim Neukölln, Am Großen Wannsee. Nr. 10/November 2007, S. 13
- Umbau im Haus der Wannseekonferenz (Berliner Woche, 28. September 2005). Nr. 3/Oktober 2005, S. 10
- Weizsäcker, Richard von: Rede zum 40. Jahrestag der so genannten Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1982 im Haus Am Großen Wannsee 56/58. Nr. 9/Juli 2007, S. 13-15
- Woitkowski, Peter: Inszenierung der Macht – Studientage zum Thema Propaganda und Medienpolitik im NS-Staat. Nr. 3/Oktober 2005, S. 5
- Wolf, Gerhard: Lebensraum-Phantasien und ökonomischer Sachzwang: Die rassistischen Selektionen polnischer Zwangsarbeiter/innen. Nr. 10/November 2007, S. 2f



© Haus der Wannsee-Konferenz, Berlin, November 2007

**I
m
p
r
e
s
s
u
m**

Herausgeber

Haus der Wannsee-Konferenz - Gedenk- und Bildungsstätte
Am Großen Wannsee 56-58 ▪ D-14109 Berlin
Telefon: 0049-30-80 50 01 0 ▪ Telefax: 0049-30-80 50 01 27
eMail: info@ghwk.de ▪ Internet: www.ghwk.de
Redaktion: Michael Haupt, GHWK

Bankverbindung

Deutsche Bundesbank Berlin
Konto 1000 7345 Blz 100 000 00
IBAN DE15100000000010007345 BIC MARKDEF1100
Kontoinhaber: Erinnern für die Zukunft - Trägerverein des Hauses der Wannsee-Konferenz e.V. (Spenden sind steuerlich absetzbar).

Newsletter im Internet: <http://www.ghwk.de/newsletter/archiv.htm>